

# Japans Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan: Strategische Überlegungen zwischen Terrorismusbekämpfung und Energiesicherheit

Japan's ODA to Afghanistan:  
Underlying Strategies from Anti-Terror to Energy Supplies

*Alexander Winkscha*

*Japan is the second largest Official Development Assistance (ODA) donor to Afghanistan after the United States. At the same time, Afghanistan is the top third recipient country of Japanese ODA. This article takes a closer look at the strategic decisions that inform the Japanese engagement and asks for the possible motivations. Japan's ODA to Afghanistan has focused on three main areas of intervention: a) strengthening the capacities to implement security in the country (focused mostly on training and paying the salaries of the police); b) disarmament, demobilization and reintegration of former Taliban soldiers; and c) supporting Afghanistan in achieving self-led sustainable development, an umbrella category encompassing projects in education, health, agriculture, energy, etc. Japan traditionally pitches its ODA engagements as contributions to enhancing human security worldwide. The intervention in Afghanistan is prominently described as part of a Japanese counter-terrorism strategy and as such clearly shows the limited military cooperation possibilities Japan has in dealing with an unstable and insecure state like Afghanistan. However, the last ODA White paper from 2012 signals a shift in the ODA goals for Afghanistan in that greater emphasis is being put on boosting the Afghan economy and investing in infrastructure. Both these points seem to illustrate a different strategic interest of Japan in Afghanistan. The region of Central Asia is economically interesting for Japan because of its energy re-*

*sources. A stable Afghanistan (which the MOFA counts to the Middle Eastern region) not only means more safety for the transport of energy supplies from the Central Asian states, the investment in Afghan infrastructure can actually be used as a segment in the route of transportation of this energy to Japan. The latest Japanese pledge for ODA to Afghanistan during the Tokyo 2012 Conference was accompanied by a pledge to invest even more money in the surrounding states. Japan's interest in a stable Afghanistan is thus only secondary in terms of counter-terrorism, the primary strategic goal is securing energy resources from the Central Asian region.*

## 1. Einleitung: Japans Engagement in Afghanistan

Japan als eines der größten Geberländer öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (EZ)<sup>1</sup> leistet nach den USA den finanziell zweitgrößten Beitrag zum Wiederaufbau des durch jahrzehntelange Konflikte zerrütteten Afghanistans (OECD 2013). Mit dem Ziel, Afghanistan in seiner Selbständigkeit zu unterstützen, hat die japanische Regierung mehr als 4 Mrd. U.S.-Dollar an finanzieller und technischer Zusammenarbeit zwischen Oktober 2001 und März 2012 bereitgestellt (MOFA 2012b: 19). Bis Ende 2014 – was mit dem Abzug eines Großteils der internationalen Truppen von afghanischem Boden zusammenfällt – hat Japan weitere 2,5 Mrd. U.S.-Dollar für Sicherheit, Wiederaufbau, Reintegration und Kapazitätsaufbau zugesagt (MOFA 2012b: 2).

Hinweise darauf, was die japanische Regierung zu einem finanziell so umfangreichen Engagement motiviert, lassen sich aus offiziellen Aussagen zu den strategischen Zielen der geleisteten Unterstützung ableiten. Bislang wurde primär die Strategie zur Eindämmung des internationalen Terrorismus als prominente Begründung für ein japanisches EZ-Engagement in Afghanistan verwendet. Vergleicht man die Zielformulierungen im EZ-Weißbuch 2011 mit denen des Folgejahres 2012, scheint sich eine Reduzierung im Umfang ziviler Projekte zur Eindämmung des Terrorismus anzukündigen. Die strategische Zielsetzung bewegt sich von der 2009 für Afghanistan (und Pakistan) veröffentlichten Anti-Terror-Strategie weg und setzt einen stärkeren Schwerpunkt auf die Wirtschaftsförderung. Zudem rückt durch die

1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit nach OECD-DAC Kriterien, bestehend aus bilateraler EZ für die direkte Unterstützung von Entwicklungsländern und multilateraler EZ durch internationale Organisationen. Bilaterale EZ kann in Zuschüsse und Kredite aufgeteilt werden, Zuschüsse wiederum in die Kategorien technische und finanzielle Zusammenarbeit. Multilaterale Zusammenarbeit erfolgt u.a. über UN-Institutionen wie z.B. dem United Nations Children's Fund (UNICEF) und dem United Nations Development Programme (UNDP) sowie über Beitragszahlungen an die Weltbank (MOFA 2012a: X).

Annäherung der japanischen Regierung an die Staaten Zentralasiens wirtschaftliches Kalkül deutlicher ins Blickfeld. Hinsichtlich der Motivation Japans werfen einige Kommentatoren die Frage auf, inwiefern Japan nicht lediglich als Verfechter der eigenen Energiesicherheit agiert und die Abhängigkeit von Energieimporten ein politisches Interesse an Zentralasien und Transportwegen durch Afghanistan erzeugt (DOBRINSKAYA 13.09.2012; LEN 2005: 130).

Der vorliegende Artikel geht der Frage nach, welche Veränderung sich in der Argumentationsstruktur der japanischen Regierung feststellen lässt. Lässt sich beobachten, dass das Herausstellen der Eindämmung des internationalen Terrorismus ersetzt wird durch die Betonung der wirtschaftlichen Interessen Japans an der Region Zentralasien und damit auch an einem stabilen Afghanistan? Deutet sich damit ein außenpolitisches Umdenken und eine neue Zielsetzung innerhalb der japanischen Regierung an? Oder findet statt einer grundlegenden Umdeutung des Einsatzes in Afghanistan lediglich eine Schwerpunktverschiebung innerhalb bereits existierender Prämissen statt?

Die hier vertretene Hypothese lautet, dass die japanische Regierung aus strategischer Überlegung heraus die bisher verfolgte Argumentation, der EZ-Einsatz in Afghanistan diene in erster Linie der Eindämmung des internationalen Terrorismus, immer weniger anwendet. Einhergehend mit dem Abzug der internationalen Truppen und dem erwarteten Rückgang an EZ-Geldern dient diese veränderte Argumentationsstrategie dazu, das Herunterfahren des eigenen Engagements im Land zu rechtfertigen und Japan gleichzeitig stärker aus der Sicherheitsdebatte zu ziehen, die unweigerlich mit dem Thema Terrorismus zusammenhängt. Der Artikel vertritt die These, dass die Eindämmung des Terrorismus in der Region in erster Linie als Solidaritätsbekundung an die USA galt und neben der Legitimation der EZ insbesondere für die Legitimation der Wiederauftank-Missionen im Indischen Ozean diene. Implizit war die Eindämmung von Terrorismus jedoch auch immer mitgedacht im Konzept der japanischen Energie-Diversifizierungsstrategie. Das japanische Interesse an Energielieferungen aus den zentralasiatischen Staaten richtet sich unweigerlich auf Afghanistan, wenn Transportwege nicht über Russland oder China führen sollen – und damit auch auf die Sicherheit eventueller Transportrouten durch das Land. Mit einer nun stärkeren Betonung der Interessen an Energielieferungen aus Zentralasien öffnet sich argumentativ die Tür für eine stärkere Ausrichtung der japanischen EZ in Afghanistan auf Infrastruktur- und Wirtschaftsförderungsprojekte, die in direkterem Zusammenhang mit den strategischen Überlegungen zur Energiesicherheit stehen.

## 2. Japans EZ in Entwicklungs- und Sicherheitspolitischen Diskursen

Betrachtet man die Anfänge und ersten Jahrzehnte der japanischen EZ, lassen sich fünf Ziele identifizieren, die mit der Vergabe von EZ verfolgt wurden: das Steigern des Ansehens Japans in der Welt, das Ziehen ostasiatischer Staaten aus dem sozialistischem Machtbereich, die Sicherung von Rohstoffe für Japan, sowie die Förderung von Exportwirtschaft und die Produktentwicklung. Die Ausrichtung der EZ orientierte sich damit vor allem am wirtschaftlichen Interesse Japans (ROHDE 2003: 92). MIRIAM ROHDE (2003: 92) bewertet die japanische Haltung gegenüber der Entwicklung im Empfängerland als sekundäres Ziel und konstatiert, dass lange Zeit keine ausdifferenzierte Strategie für die japanische EZ existierte, mit der Ausnahme, dass die selbstauferlegte Beschränkungen hinsichtlich der Lieferung von Waffen und der Unterstützung von deren Produktion stets respektiert wurde.<sup>2</sup>

Im Juni 1992 wurde erstmals, nach anhaltender Kritik an dieser Ausrichtung und dem Fehlen einer strategischen Vision der japanischen EZ, eine EZ Charta vom japanischen Kabinett verabschiedet, um die japanische Zusammenarbeit stärker in der neuen politischen Weltordnung zu verankern und sichtbar auf entwicklungspolitische Ziele hin auszurichten. Zentrale Anliegen der Charta sind die Verbindung von Umweltschutz mit Entwicklungsmaßnahmen, die Vermeidung des Einsatzes von EZ für militärische Zwecke und für den Erhalt von Konflikten, die Förderung von Demokratisierungsprozessen im Empfängerland, die Einführung der Prinzipien freier Marktwirtschaft, sowie die Einhaltung der Menschenrechte und Gewährleistung individueller Freiheiten (FURUOKA und OISHI 2003: 906; ROHDE 2003: 97).

Die Verabschiedung dieser Charta begleitend, profilierte sich die japanische Regierung Anfang bis Mitte der 1990er Jahre als größter Unterstützer multilateraler EZ Organisationen, vor allem von UN-Institutionen. Damit sollte auf die Vorwürfe reagiert werden, dass EZ weiterhin nur als Instrument des nationalen Interesses für die Außenwirtschaftsförderung genutzt werde (ROHDE 2003: 70; YASUTOMO 1995: 4-6, 20). Gleichzeitig ermöglichte eine Unterstützung des UN-Systems eine von

2. Dieses grundlegende Prinzip der japanischen EZ sieht vor, dass diese mit großer Vorsicht im Hinblick auf militärische Entwicklungen und etwaige militärische Verwendung im Empfängerland zu vergeben ist. Japan unterstützt keinerlei Militär oder militärisches Personal direkt durch seine EZ-Zahlungen an Entwicklungsländer (MOFA 2012a: 55, 135). Daher finanziert Japan auch keine Entwaffnungsmaßnahmen in Afghanistan, insbesondere das Einsammeln schwerer Waffen, auch wenn es einem bisherigen Fokusbereich der japanischen EZ in Afghanistan direkt zuträglich wäre. Durch die Nutzung koordinierter Kooperation auf lokaler Ebene von zivilen, durch Japan finanzierten Maßnahmen und der NATO konnte Japan überdies eine direkte Finanzierung von NATO Operationen vermeiden (MIYAHARA 2009b: 127).

den USA unabhängigere Entwicklungspolitik und das Einlösen von EZ-Zusagen trotz der personell schwachen Aufstellung japanischer EZ Organisationen (HU et al. 2011: 28).

Die Charta wurde 2003 revidiert und im Nachhall der Verabschiedung der Millennium-Entwicklungsziele durch die UN im Jahr 2000 und die Ereignisse um den 11. September 2001 auf das neue übergeordnete Ziel ausgerichtet, Japans EZ für die Schaffung von Frieden und Entwicklung in der Welt einzusetzen, um somit Japans Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten (MOFA 2003). Diese beiden Seiten einer Medaille – Sicherheit und Wohlstand – werden deutlich in den beiden Strategien widerspiegelt, die Einfluss auf die Vergabe japanischer EZ an Afghanistan nehmen. Zum einen wird Afghanistan explizit in den strategischen Überlegungen zur Eindämmung des Terrorismus angesprochen (MOFA 2012a: 96), zum anderen bezüglich der wirtschaftspolitischen Beziehungen Japans mit der Region Zentralasien (MOFA 2006; YUASA 2007: 80–81). Auf diese beiden Dimensionen des japanischen EZ-Einsatzes in Afghanistan soll im Folgenden stärker eingegangen werden.

Entwicklungspolitische Debatten hinsichtlich des internationalen EZ Einsatzes in Afghanistan überlappen unweigerlich mit internationalen, aber auch nationalen, Sicherheitsdiskursen (KEVENHÖRSTER 2006: 38). Besonders für Japan ist dies der Fall, da die japanische Regierung menschliche Sicherheit explizit als Säule der japanischen Außenpolitik benennt (MOFA 2012a: 12) und Entwicklungszusammenarbeit ausdrücklich in dieses Konzept eingliedert (in der 2003 revidierten ODA-Charta) (ATANASSOVA-CORNELIS 2005: 68). Das japanische Außenministerium sieht sich als internationaler Verfechter des Konzepts der menschlichen Sicherheit<sup>3</sup> (*ningen no anzen hoshō*):

*[The] concept of integrating and enhancing people-centered efforts to protect people from a wide range of serious threats to human life, livelihood, and dignity, and to achieve the abundant potential of individuals (MOFA 2012a: 12).*

Damit begründet die japanische Regierung das Engagement in der EZ insbesondere in Krisenregionen und –Staaten gegenüber der japanischen Öffentlichkeit (ER 2006: 143). Seit 2003 werden die japanischen Interventionen in u.a. Afghanistan,

3. Unter japanischer Initiative wurde 1999 der United Nations Trust Fund for Human Security geschaffen, zu dem Japan für die Stärkung des Konzepts der menschlichen Sicherheit bis 2011 insgesamt ca. 360 Mio. U.S.-Dollar eingezahlt hat (MOFA 2012a: 31).

Sri Lanka, Kambodscha und Osttimor<sup>4</sup> im Rahmen dieses Konzepts verortet (ER 2006: 149).

Als prominentes Konzept in japanischen Sicherheitsdiskursen entwickelte es sich aus dem Anfang der 1980er Jahren aufgekommenen Modell der umfassenden Sicherheit. Dieses weitete die Definition von staatlicher Sicherheit über den Aspekt des militärischen hinaus aus und begann die politischen, sozialen und insbesondere wirtschaftlichen Dimensionen von Sicherheit für Japan mit in Betracht zu ziehen (ATANASSOVA-CORNELIS 2005: 62). Menschliche Sicherheit weitet dieses Verständnis noch weiter aus, indem es den singulären Fokus von nationalstaatlicher Sicherheit auf die Sicherheit des einzelnen Individuums verschiebt (HSIUNG 2004: 4).

Nachdem der damalige Premierminister Keizō Obuchi in zwei Reden 1998 das Konzept der menschlichen Sicherheit als zentrales Anliegen der japanischen Außenpolitik formulierte, fand dieses Eingang in die diplomatischen Blaubücher der japanischen Regierung und wurde als Argumentationslinie von den beiden nachfolgenden Premierministern Mori und Koizumi aufgegriffen. Letzterer zog das Konzept der menschlichen Sicherheit insbesondere für die Begründung des japanischen Einsatzes gegen den internationalen Terrorismus heran. Koizumi nutzte diese Argumentationsstruktur um das bis heute umstrittene Gesetz zur Entsendung von Betankungsmissionen für vornehmlich U.S.-amerikanische Flugzeugträger im Indischen Ozean<sup>5</sup> – für deren militärischen Einsatz in Afghanistan – zu rechtfertigen (ATANASSOVA-CORNELIS 2005: 66). Seine Begründung, dass sozio-ökonomische Faktoren, insbesondere Armut und Unsicherheit, der Nährboden für Terrorismus seien, wurde in die EZ-Weißbücher der japanischen Regierung übernommen und bildete bis 2011 explizit die Rechtfertigung für den EZ-Einsatz in Afghanistan (ATANASSOVA-CORNELIS 2005: 66; MOFA 2012e: 198). Die starke Betonung eines Eintretens für ein vermeintlich am Individuum ausgerichtetes Sicherheitskonzept steht allerdings auch im Verdacht, eine Ausrichtung der Außenpolitik,

4. Darunter Einsätze, die unter dem *Act on Cooperation for United Nations Peacekeeping Operations and Other Operations* (PKO-Gesetz; *kokusai rengō heiwa iji katsudō-tō ni tai suru kyōryoku ni kan suru hōritsu*) von 1992 durchgeführt wurden (STENGEL 2008: 39).
5. Der Einsatz der japanischen maritimen Selbstverteidigungskräfte für Tankauffüllungen U.S.-amerikanischer Flugzeugträger im Indischen Ozean stand in direktem Zusammenhang mit der Stabilisierung der Sicherheitslage in Afghanistan. Der Einsatz dient in erster Linie der Prävention von Waffen- oder Drogenschmuggel (MIYAHARA 2009b: 119). Sie wurden im November 2001 zur Unterstützung der Koalition gegen den Terrorismus in Afghanistan und der angrenzenden Region entsandt. Das Gesetz verlor im November 2007 Gültigkeit, wurde aber im Januar 2008 mit einer Parlamentsmehrheit leicht abgeändert erneuert (Replenishment Support Special Measures Law). Diese Einsätze wurden jedoch 2010 von der neuen DPJ Regierung eingestellt (HU et al. 2011: 29).

die über rein nationalen und wirtschaftlichen Interessen steht, zu signalisieren und somit eben jene Interessen zu verschleiern (ER 2006: 144).

Die verschiedenen Interventionsebenen, die dem Konzept menschlicher Sicherheit inhärent sind, rechtfertigt die explizite Einbindung der Privatwirtschaft, sowie regionaler und lokaler Politikeinheiten und der Zivilgesellschaft in EZ-Prozesse. Diese Beteiligung nichtstaatlicher und subnationaler staatlicher Akteure wird unter dem Stichwort »full-cast diplomacy« (*furukyasuto dipuromashii*) von der japanischen Regierung eingefordert (MOFA 2012e: I). Dies mag einerseits dazu dienen, die öffentliche Kasse zu entlasten, andererseits ermöglicht es auch die Legitimierung einer bereits seit langem gehandhabten Praxis der japanischen EZ: Seit den 1970er Jahren stieg das Budget von JICA (Japanese International Cooperation Agency, *Kokusai Kyōryoku Kikō*) kontinuierlich an, während gleichzeitig nur ein minimaler personeller Ausbau erfolgte. Einzelne JICA-Mitarbeiter entschieden somit über einen größeren Finanzrahmen, während gleichzeitig zu wenig Kapazität für die Projektfindung, sowie deren Vorbereitung und Evaluierung vorhanden war. Diese Tätigkeiten wurden daher häufig von der japanischen Privatwirtschaft übernommen (ROHDE 2003: 87), der Kritiker daher eine hohe Entscheidungsgewalt bei der Vergabepaxis von Entwicklungsgeldern zuschreiben (FURUOKA und OISHI 2003: 891).

### 3. Japans Rolle und Selbstverständnis im Wiederaufbauprozess Afghanistans

Japans Stärke als Geber wird in der Rolle als politischer Mediator gesehen, ein politischer Akteur, der die verschiedenen am Wiederaufbauprozess Afghanistans beteiligten Parteien, national wie international, zusammenbringen und das Finden von gemeinsam erarbeiteten und für alle zufriedenstellende Lösungen fördern kann (DOBRINSKAYA 13.09.2012; FURUOKA und OISHI 2003: 893; MIE 2013).<sup>6</sup> MOHAMMAD NAGIZADEH (2009: 88) sieht in der Mediatorenrolle gar das »versteckte Kapital« Japans. Japans Vorteil liege darin, dass es ein Vertrauensverhältnis mit den Staaten, welche es über EZ unterstützt, aufbaue, was nicht zuletzt daran liege, dass oftmals eine eigene politische Agenda hinter dem EZ-Engagement fehle (eine Einschätzung, die dieser Artikel hinsichtlich des Engagements in Afghanistan nicht teilt) (NAGIZADEH 2009: 89).

6. Vali Nasr, der Senior Berater von U.S. Secretary of State Hillary Clinton für Strategien im Mittleren Osten, Afghanistan und Pakistan von 2009 bis 2011, sieht Japan in der Rolle des Moderators, der in der Lage ist, Geberstaaten und politische Akteure Afghanistans und der Region zusammenzubringen, um zu einem Friedensbeschluss zu kommen (MIE 2013).

Die japanische Regierung nimmt dieser Einschätzung entsprechend eine prominente Rolle als Moderatorin im Wiederaufbauprozess Afghanistans ein. Dies zeigt sich durch die Ausrichtung diverser Gipfeltreffen, mit welchen Japan seine Sichtbarkeit im international abgestimmten Prozess sicherstellte (DOBRINSKAYA 13.09.2012). Seit dem Sturz der Taliban 2001 hat die japanische Regierung zu sechs internationalen Konferenzen hinsichtlich der Entwicklung Afghanistans in Tōkyō eingeladen. Im Januar 2002 fand die Tōkyō Konferenz für den Wiederaufbau Afghanistans statt, im Februar 2003 eine Konferenz zu Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration, Juli 2006 und Juli 2007 jeweils Konferenzen zur Auflösung illegaler bewaffneter Gruppierungen und im Februar 2008 das *Joint Coordination and Monitoring Board*, ein Zusammentreffen der afghanischen Regierung mit den Geberländern für die Evaluierung des bisherigen Wiederaufbauprozesses (MOFA 2012b: 14).

Die letzte Konferenz fand im Juli 2012 statt und markierte einen entscheidenden Punkt im Hinblick auf die Bewertung der bisherigen Wiederaufbaubemühungen. Die internationale Gebergemeinschaft diskutierte die Pläne der Übergabe des Kommandos an afghanische Streitkräfte und Polizei und erneuerte Zusagen zur zukünftigen Zusammenarbeit. Damit markierte die Tōkyō Konferenz 2012 einen Wendepunkt der Wiederaufbaukonferenzen vor dem Übergang in eine neue Entwicklungsdekade 2015–2024, in welcher die Internationale Schutztruppe für Afghanistan (*International Security Assistance Forces*, hiernach: ISAF) nicht mehr die Sicherheitsverantwortung für das Land innehat, sondern diese an die afghanischen Streitkräfte übergeben haben wird (MOFA 2013a: 112).

Auch für die japanische Regierung ist die 2012er Konferenz ein Wendepunkt. Im EZ Weißbuch 2012 wird die Zielsetzung für EZ in Afghanistan neu definiert. Mit Blick auf die anstehenden Veränderungen in Afghanistan werden drei neue Säulen der Zusammenarbeit beschrieben (MOFA 2013: 112):

- 1) strategisches Wachstum und Entwicklung,
- 2) Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,
- 3) Instandsetzung und –haltung der Infrastruktur.

Im direkten Vergleich mit der Zielsetzung im Vorjahr zeigt sich eine deutliche Veränderung in der Prioritätensetzung. Im EZ Weißbuch 2011 wurden noch folgende drei Hauptanliegen formuliert (MOFA 2012a: 2):

- 1) Aufbau afghanischer Kapazitäten zur Gewährleistung von Sicherheit,
- 2) Re-Integration von ehemaligen Taliban-Kämpfern und



- 3) Unterstützung für nachhaltige und selbstgetragene Entwicklung (was wiederum u.a. Bauprojekte, Capacity Building Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Gesundheit und Bildung umfasst).

Erklärtes übergeordnetes Ziel war die Unterstützung afghanischer Eigenständigkeit und die Verhinderung einer Rückentwicklung Afghanistans zu einem Nährboden für internationalen Terrorismus. Der Fokus verschiebt sich zwischen den beiden Weißbüchern weg von einem Schwerpunkt auf Sicherheit 2011 hin zu wirtschaftlichen Förderbereichen in 2012. Japan bekräftigte allerdings auch seine fortwährende Unterstützung bis über das Jahr 2017 hinaus und kündigte zusätzliche 3 Mrd. U.S.-Dollar ab 2012<sup>7</sup> für die neuen Schwerpunktbereiche an. Auch für die zentralasiatischen Nachbarstaaten Afghanistans wurde umfassende EZ zugesagt (MOFA 2013b: 4). Die japanische Regierung sieht sich weiterhin in Afghanistan und der gesamten Region aktiv.

Im folgenden Kapitel soll untersucht werden, in welchem Umfang die Argumentationslinie der Terrorismusbekämpfung bis 2012 zum Einsatz kam und inwiefern sie weiterhin eine Rolle in der Formulierung der japanischen Entwicklungspolitik für Afghanistan spielt. Anschließend daran wird das Zusammenspiel der Identifizierung der neu gesetzten Schwerpunktbereiche mit den energiepolitischen Interessen an der Region Zentralasien näher untersucht.

#### 4. Japans Anti-Terror-Strategie und EZ zur Eindämmung des Terrorismus in Afghanistan

Die japanische Regierung bemüht sich mit ihrem EZ Engagement in Afghanistan um die Eindämmung terroristischer Aktivitäten. Drei außenpolitische Initiativen belegen dies deutlich:

Zum einen hat Japan 2006 einen Topf für Zuschüsse zur Kooperation in Anti-Terror Maßnahmen und Sicherheitsförderung (*Grant Aid for Cooperation on Counterterrorism and Security Enhancement; tero taisakutō jian mushō*) geschaffen. Es nutzt diesen seither für die Unterstützung von Entwicklungsländern in ihren Maßnahmen gegen Terrorismus, da diese oftmals nicht die ausreichenden Kapazitäten zu dessen Bekämpfung haben.

7. Vermutlich wird hier eine Verrechnung mit den 2009 zugesagten 5 Mrd. U.S.-Dollar bis 2014 stattfinden.

2011 beteiligte sich Japan zudem mit 1,75 Mio. U.S.-Dollar an der UNODC (*United Nations Office on Drugs and Crime*) Terrorismuspräventions-Zweigstelle für Anti-Terror Maßnahmen in Afghanistan und angrenzenden Ländern (MOFA 2012a: 92).

Zuletzt sind in diesem Zusammenhang die Schwerpunktbereiche der japanischen EZ in Afghanistan bis 2012 zu sehen, insbesondere die ersten beiden Fokusbereiche, also die Stabilisierung und Förderung der Sicherheit durch Ausbau der Kapazitäten der afghanischen Polizei<sup>8</sup> und die Reintegration ehemaliger Taliban-Kämpfer in zivilgesellschaftliche Strukturen.<sup>9</sup> Diese Maßnahmen dienen der Festigung funktionierender Sicherheitsstrukturen und –institutionen, damit ein von Afghanistan geführtes Vorgehen gegen terroristische Aktivitäten und Gruppierungen realisiert werden kann.

Als vierte von fünf Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit für das Haushaltsjahr 2010 identifizierte Japan die Unterstützung Pakistans und Afghanistans bei der Bekämpfung terroristischer Aktivitäten (MOFA 2012a: 56). Damit unterstrich Japan die Bedeutung Afghanistans in den EZ Planungen und stellte EZ-Aktivitäten in den direkten Zusammenhang mit der Strategie der Terrorismusbekämpfung. Das japanische Außenministerium formuliert die EZ-Maßnahmen als zielführend

8. Japan unterstützt den Kapazitätsaufbau der afghanischen Polizei durch die Zahlung von Polizistengehältern im Umfang von etwa 200 Mio. U.S.-Dollar pro Jahr (HU et al. 2011: 29). In Kooperation mit der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) entwickelt Japan Lehrmaterialien und Richtlinien für den Polizeidienst und finanziert thematisch abgestimmte Alphabetisierungsprogramme (die Alphabetisierungsrate unter afghanischen Polizisten beträgt ca. 30 %) (HOUSE OF LORDS 2011: 17). Japan finanziert darüber hinaus Baumaßnahmen für das afghanische Innenministerium, für die Grenzpolizei an den Grenzen zu Pakistan, Iran und Tadschikistan, sowie für Gerichte in diversen Provinzen. Zudem werden Trainingsmaßnahmen für juristisches Personal finanziert (MOFA 2012b: 3). Japan hat es weitestgehend vermieden, die öffentliche EZ auf den Sicherheitsaufbau über das Militär auszuweiten, mit der Ausnahme von der finanziellen Unterstützung für Munitionsverwaltung der afghanischen Sicherheitsstreitkräfte 2008 (MIYAHARA 2009b: 120).
9. Als federführende Nation in Kooperation mit UNAMA (UN Assistance Mission in Afghanistan) und UNDP (UN Development Program) war Japan eine der Hauptantriebskräfte hinter der Implementierung des Afghanistan's New Beginning Programme (ANBP, *Afuganisutan shinsei keikaku*) für die Planung und Durchführung von DDR-Maßnahmen (Disarmament, *busō kajjō* – Entwaffnung; Demobilization, *dōin kajjō* – Demobilisierung; Reintegration – *shakai fukki*; WAKAI 2008: 40; SEYA et al. 2006: 3). Japan finanziert Ausbildungsmaßnahmen und Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die Reintegration von ehemaligen Taliban-Kämpfern u.a. in den Bereichen Trinkwasserversorgung, Straßenbau, Bewässerungssysteme und Bildung auf Distriktebene, welche durch JICA implementiert werden (MOFA 2012b: 2, 4). Japan setzte sich für Quoten in Projekten ein, die durch Japan finanziert und auf lokaler Ebene implementiert werden. Diese sollen eine gewisse Prozentzahl der Projektstellen für ehemaligen Taliban-Kämpfer reservieren (MIYAHARA 2009b: 122).

für ein Hauptanliegen (MOFA 2013a: 110): »Afghanistan soll nicht erneut Nährboden für Terrorismus werden« (*Afuganisutan o futatabi tero no onshō to shinai tame*).

Das Weißbuch Entwicklungszusammenarbeit des japanischen Außenministeriums von 2011 identifiziert Terrorismus als direkten Einflussfaktor auf den Wohlstand und die Existenz Japans als Nation (MOFA 2012a: 93). Die instabile Sicherheitslage in Afghanistan und Pakistan wird von Japan als Bedrohung für die gesamte Welt definiert. Dabei wird deutlich benannt, dass beide Länder sich gegenseitig beeinflussen und wechselseitig zu ihrer Instabilität beitragen. Daher stehen diese beiden Staaten im Fokus der im November 2009 vom MOFA veröffentlichten Neuen Sicherheitsstrategie zur Bekämpfung der Bedrohung durch Terrorismus (*New Strategy to Counter the Threat of Terrorism, tero no kyōi ni taishō suru tame no shin senryaku*) (MOFA 2012c: 267).

Diese Anti-Terror Strategie ist jedoch kein ausgereiftes Dokument, welches das EZ Engagement gegenüber identifizierten Krisenstaaten in den breiteren Rahmen des internationalen Engagements Japans und konkreten Gefahren für den japanischen Staat einbettet. Das auf der Website des MOFA verfügbare Dokument identifiziert lediglich Afghanistan und Pakistan als wichtigste strategische Punkte im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Für Afghanistan werden zusätzliche 5 Mrd. U.S.-Dollar für fünf Jahre zugesagt und die drei oben beschriebenen Hauptbereiche der japanischen EZ-Intervention bestärkt. Als Begründung für das japanische Engagement verweist die Regierung auf die Bereitschaft moderater Taliban-Gruppierungen zu Verhandlungen mit der afghanischen Regierung. Ein ziviles Engagement für die Verbesserung der Lebenssituation der afghanischen Bevölkerung trage zu besseren Verhandlungsrahmenbedingungen bei. In Kombination mit afghanischer Verantwortungsübernahme für die Implementierung von Wiederaufbauprozessen werden diese Rahmenbedingungen als wichtige Faktoren für die Friedensbildung und damit als besonders förderungswürdig eingestuft (MOFA 2009: 1–2).

Die von der japanischen Regierung so bezeichnete Anti-Terror Strategie folgt der Logik eines umfassenden Sicherheitsdenkens, lässt sich aber ohne weiteres auch als andere Darstellungsform des EZ-Engagements verstehen. Mit dem Dokument werden gleichzeitig zwei Ziele bedient: Zum einen stellt es eine Argumentationshilfe für die EZ-Aktivitäten und deren Legitimation in Afghanistan dar, zum anderen wird mit der Betonung des Anti-Terror- und damit des Sicherheitsaspekts eine Einreihung in internationale Sicherheitsdiskurse unternommen und zu verstehen gegeben, dass auch Japan seinen Beitrag leistet. Mit der Strategie wird signalisiert, dass Japan weiterhin der NATO-Linie folgt und durch die Intervention in Afghanistan versucht, Frieden und Sicherheit in der Welt herzustellen. Dieses

Argumentationsmuster greift das U.S.-amerikanische auf und dient gleichzeitig auch dazu, den japanischen Beitrag zu unterstreichen, ohne ein anderes Feld der Unterstützung anzusprechen: die militärische Seite des NATO-Einsatzes und der internationalen Bemühungen gegen ein Erstarren des islamistischen Terrorismus in Afghanistan.

#### 4.1 Problemfeld Terrorismusbekämpfung: Sicherheit und Militär

Terrorismus ist unweigerlich eine Sicherheitsfrage und führt vor allem im Falle Afghanistans zu einer engen Verbindung von entwicklungs- mit sicherheitspolitischen Überlegungen. Im Vergleich mit anderen Geberstaaten zeigt sich hier für Japan eine deutliche Diskrepanz zwischen der Ambition, international gegen Terrorismus vorzugehen und der limitierten Einsatzmöglichkeit japanischen Militärs in Afghanistan. Während hier andere Nationen über die ISAF-Truppen einen wesentlichen Teil ihres Beitrags leisten, bleibt die japanische Unterstützung auf zivile Kooperation beschränkt. Die japanische Regierung hat den Versuch unternommen, dies zu kompensieren und über zivile Sicherheitsakteure wie die Polizei Strukturen zu stärken. Dieses Engagement, sowie die Betonung des Anti-Terror Aspekts des EZ-Einsatzes, werfen die Frage auf, inwiefern hiermit die Strategie verfolgt wird, vorbeugend auf den potentiellen Vorwurf der »Scheckbuchdiplomatie« zu reagieren. Diese seit dem ersten Golfkrieg vehement gegenüber der japanischen Außenpolitik formulierte Kritik, lediglich finanziell Verantwortung zu übernehmen, findet ihren Widerhall in den wiederholten Aufforderungen der U.S.-amerikanischen Regierung, Japan solle sich stärker auch militärisch in die Stabilisierung der Sicherheitslage in Afghanistan miteinbringen (TANTER 2008).<sup>10</sup> Japan wurde gebeten eine Helikopterstaffel für logistische Unterstützung der ISAF bereitzustellen und weitere 20 Mrd. U.S.-Dollar für Sicherheitsmaßnahmen zuzusagen (MIYAHARA 2009b: 119). Im Januar 2008 schien die japanische Regierung unter Yasuo Fukuda ernsthaft eine Entsendung militärischen Personals nach Afghanistan auf Basis des PKO Gesetzes von 1992 zu erwägen (KAWATO 2011: 26), was jedoch aus mangelndem Rückhalt in Bevölkerung und beim Koalitionspartner New Komeito sowie aufgrund von Protest von Organisationen der EZ nicht verwirklicht wurde (PENN 2008; TANTER 2008).<sup>11</sup>

10. »We want contributions in other forms, not just refuelling« (Thomas Shieffer, U.S.-Botschafter in Japan, zitiert nach TANTER 2008).

11. Zwei Optionen wurden diskutiert: Boden- und Lufttruppen der Selbstverteidigungskräfte nach Afghanistan zu entsenden, oder, als klar wurde, dass diese Option zu unrealistisch war, Zerstörer

Eine Strategie von Befürwortern innerhalb der USA und der LDP-geführten japanischen Regierung für ein stärkeres militärisches Engagement Japans ist die stärkere Einbindung Japans in eine Partnerschaft mit der NATO. Politikdialoge auf höchster Ebene unter den Premiers Shinzō Abe und Yasuo Fukuda 2007 und 2008 führten zur Entsendung eines *Liaison Officers* für die Bewertung potentieller Projekte an das Büro des NATO *Senior Civilian Representative* in Kabul und zu der Übereinkunft für zivile Kooperation mit den NATO/ISAF *Provincial Reconstruction Teams* (PRTs, *chi'iki fukkō chūmu*;<sup>12</sup> TANTER 2008). Die Kooperation mit den PRTs hat es Japan seit 2007 erlaubt, das zivile Engagement dorthin auszuweiten, wo japanisches EZ-Personal keinen direkten Zugang hat.<sup>13</sup> Diese Projekte, von Japan finanziert, deckten Bereiche von humanitärer Hilfe, über Grundbildung, Berufsbildung, Basisgesundheitsversorgung und Hygiene, sowie Brunnenbauten ab (MOFA 2012b: 2). In Kooperation mit insgesamt 16 PRTs wurden so 143 Graswurzel-Pro-

und Luftaufklärer in den Indischen Ozean zu schicken, um die Ölrouen japanischer Tanker vor Piraterie zu schützen. Am 1. Juni 2008 erklärte Premierminister Yasuo Fukuda der Presse, dass die japanische Regierung erwäge, Bodentruppen nach Afghanistan zu entsenden (zitiert nach TANTER 2008): »If conditions on the (Afghan) ground allow, Japan can offer its cooperation in activities on the ground«. Beamte der Außen- und Verteidigungsministerien, gemeinsam mit Offizieren der Selbstverteidigungskräfte, wurden nach Afghanistan entsandt, um mit der ISAF eine mögliche Mission Japans zu planen. Einen Monat später meldete die LDP jedoch, dass aufgrund fehlenden Rückhalts für die Pläne in der Bevölkerung und beim Koalitionspartner New Komeito diese auf Eis gelegt seien (TANTER 2008).

12. Im Jahre 2010 gab es ein Maximum von 27 Teams in verschiedenen afghanischen Provinzen, jeweils von einem ISAF Mitgliedsstaat geleitet. Diese sind zusammengesetzt aus Militäroffizieren, diplomatischen Vertretern und Experten für technische Zusammenarbeit und Wiederaufbau zur Herstellung von Sicherheit und Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen mit dem Ziel die Legitimität der Zentralregierung auch in den Provinzen zu stärken und den Einfluss der Taliban zurückzudrängen. An dem Format wurde vor allem von NGOs und zivilen Wiederaufbauexperten Kritik geübt, da die enge Verbindung zum Militär einen schlechten Eindruck bei der Bevölkerung hinterlasse, zudem dadurch zivile Organisationen und Individuen in der Zusammenarbeit eher zu Zielen von Anschlägen werden (IMAMURA 2007: 47–49).
13. Trotz der finanziellen Stärke der japanischen EZ in Afghanistan ist sie personell nur relativ gering vertreten. Im April 2012 waren ca. 30 Botschaftsmitarbeiter und 60 Angestellte von JICA in Afghanistan tätig. Zusätzlich reisen immer wieder Kurzzeitexperten (Fachleute, die mit einem befristeten Gutachter-Vertrag spezielle Beratungs- und Trainingsleistungen erbringen) ins Land (2010 insgesamt 269) (MOFA 2012b: 18). Außerdem befanden sich nochmals etwa 30–50 japanische Mitarbeiter von diversen Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Land (HU et al. 2011: 29). Aufgrund von Sicherheitsbedenken wurde die Zahl der Botschafts- und JICA-Mitarbeiter im Juli 2013 drastisch auf lediglich 7 verbleibende Mitarbeiter reduziert (persönliche Kommunikation). Ein japanischer EZ Mitarbeiter wurde 2008 entführt und ermordet (HU et al. 2011: 29), was zur Folge hatte, dass JICA und japanische NRO ihre Programme und Personalstrategien überdachten. Der Vorfall sorgte dafür, dass JICA Mitarbeiter nicht mehr in ländlichen Gebieten arbeiten durften und sich der Radius der personellen Unterstützung auf die großen Städte im Zentrum und Norden Afghanistans engrenzte (MIYAHARA 2009: 9).

jekte für den direkten Nutzen der lokalen Bevölkerung initiiert. Seit Mai 2009 sind Repräsentanten des japanischen Außenministeriums mit an das von Litauen geführte PRT in der Provinz Chaghcharan als Zivilvertreter entsandt (MOFA 2012b: 12, 2013b: 15). Japan wurde immer wieder aufgefordert, Entwicklungsexperten an die verschiedenen PRTs zu senden, entschied sich aber stattdessen für eine enge Koordinierung der bilateralen Projekte mit den ansässigen PRTs auf lokaler Ebene (MIYAHARA 2009b: 126). Neben einer höheren Sichtbarkeit des japanischen Staates in Wiederaufbaumaßnahmen hat dies für Japan den Vorteil, weniger eng mit militärischen Operationen in Zusammenhang zu stehen und so deutlich die selbstgesetzte Grenze zum Militär in der EZ zu wahren.

Japan unternimmt ernsthaft Bemühungen, mit nichtmilitärischen Mitteln Terrorismus einzudämmen. Die Frage nach der intrinsischen außenpolitischen Motivation bleibt jedoch bestehen, da diese Bemühungen sich aus den Folgen des 11. September 2001 entwickelt haben und auch im Laufe der Folgejahre der Ausbau von Anti-Terror-Aktivitäten und Überlegungen zu militärischer Beteiligung oftmals auf Druck der USA erfolgten, oder als explizite Solidaritätsbekundung mit den USA und deren Initiativen verstanden werden können. Das argumentative Betonen der Anti-Terror-Aspekte japanischer EZ diente dem doppelten Effekt, auf der einen Seite Bedenken anderer Regierungen, Japan bediene sich erneut nur der Scheckbuchdiplomatie, um internationale politische Verantwortung zu schultern, zu zerstreuen. DIRK NABERS (2005: 3) bemerkt, dass es Japans Politik sei, »sich als »zivile Macht des Friedens« in globalen Krisengebieten zu engagieren, ohne dort militärisch aktiv zu sein,« da nur so »langfristig eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen denkbar« sei, ein lange verfolgtes außenpolitisches Ziel der japanischen Regierung. Zum anderen ermöglichte es die Betonung der Anti-Terror-Aspekte der japanischen Regierung das umfangreiche finanzielle Engagement in Afghanistan innenpolitisch zu rechtfertigen, indem die Anbindung an den Diskurs um menschliche Sicherheit verfolgt wurde. Damit bewegt sich das Argument jedoch auf einer relativ oberflächlichen globalen Dimension. Konkret geht von Afghanistan auch hinsichtlich terroristischer Aktivitäten keine belegbar gesteigerte Gefahr für den japanischen Staat aus, während das Argument, internationalen Terrorismus zum Schutz der japanischen Bevölkerung durch EZ-Engagement einzudämmen auch für andere Staaten herangezogen werden kann (was im Falle Pakistans in der Anti-Terror-Strategie auch geschieht). Dies wirft wiederum die Frage auf, was der eigentliche Beweggrund hinter dem umfangreichen Engagement ist. Ist es ein erneutes außenpolitisches Einlenken in den Kurs des wichtigsten Bündnispartners, den USA, eine Übernahme von Verantwortung innerhalb der NATO Verpflichtungen, einhergehend mit dem Wahren des Status als eine der größten Ge-

bernationen – oder sind es doch spezifisch japanische Interessen an einem stabilen Afghanistan? Und wenn das Interesse an einem stabilen Afghanistan nicht aus einer militärischen Sicherheitslogik plausibel scheint, welche andere Motivation könnte dann dahinter stehen? Diese Fragen richten den Blick auf Japans Beziehungen zu den afghanischen Nachbarn und japanische Interessen an Energielieferungen aus den zentralasiatischen Staaten.

## 5. Japans Zentralasien-Strategie

2004 riefen die zentralasiatischen Staaten<sup>14</sup> gemeinsam mit Japan die *Central Asia Plus Japan Initiative* (CAPI, *Chuō Ajia purasu Nihon taiwa*) ins Leben. Als eine Säule der Zusammenarbeit in dieser Initiative wird die Stabilisierung eines friedlichen Afghanistans – und damit Stabilisierung der Region – benannt (MOFA 2012d). In multilateralen Verhandlungen, zuletzt auf dem vierten Treffen auf Ministerienebene im November 2012 mit einer Zusage über 700 Millionen U.S.-Dollar für die kommenden Jahre, bekräftigte Japan seine Unterstützung für die Förderung der regionalen Entwicklung. Die finanzielle Zusage konzentriert sich auf fünf Schwerpunktbereiche: Neben der Förderung von Handel und Investitionsklima in den zentralasiatischen Staaten auch die Zusammenarbeit in den Feldern Umweltschutz, Energieeffizienz und Nutzung alternativer Energiequellen. Zudem taucht in diesem Kooperationsforum ebenfalls das Konzept der menschlichen Sicherheit auf und hierbei wird insbesondere auf die Notwendigkeit der Stabilisierung Afghanistans und der Grenzregionen in den zentralasiatischen Staaten angesprochen, über welche auch der NATO Truppenabzug abgewickelt werden wird. Der fünfte Bereich konzentriert sich auf Katastrophenschutz und -vorsorge. Dieses Hilfspaket verfolgt also als primäre Ziele eine Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen der Region mit Japan und die Stabilisierung Afghanistans, auch über intraregionale wirtschaftliche Kooperation, um nichtmilitärisch im Sinne der Idee der menschlichen Sicherheit zur Friedensbildung beizutragen (DOBRINSKAYA 25.11.2012).

Teil dieser Zielformulierung ist die Absicht, die zentralasiatische Region mit Afghanistan infrastrukturell zu verbinden und so Verkehrsrouten für einen besseren Zugang zum Indischen Ozean zu schaffen. Neben dem Straßenausbau sollen diese Maßnahmen den Bau von Pipelines umfassen, was sich für Japan mit dem Wiederaufbau der Transportwege in Afghanistan über EZ Maßnahmen potentiell verbinden lässt (KAZAKH FOREIGN MINISTRY 2012). Der damalige Außenminister Tarō

14. Usbekistan, Kirgistan, Kasachstan, Tadschikistan und inzwischen auch Turkmenistan (MOFA 2013c).

Asō stellte 2006 das Konzept *Chūō Ajiao »heiwa to antei no kairō«* ni (Zentralasien als Korridor des Friedens und der Stabilität) vor (MOFA 2006b), welches zusätzlich zu den zentralasiatischen Staaten auch Afghanistan und Pakistan miteinbezog. Die Festigung eines solchen Regionalverständnisses sollte über ein Infrastrukturnetzwerk erfolgen, durch eine so genannte Transport-Südroute inklusive Pipeline, welche Turkmenistan, Afghanistan und Pakistan miteinander verbinden würde (Asō 2009a) – ähnlich dem U.S.-amerikanischen Konzept eines »Greater Central Asia«. 2009 wurde dieses Konzept umbenannt in *Yūrashia kursosurōdo kōsō* (Eurasian crossroads) und bezog nun neben Transportrouten von Zentralasien über Afghanistan zum Arabischen Meer auch eine Erweiterung in Richtung Westen über die Kaukasusstaaten nach Europa mit ein (Asō 2009b). Unter der DPJ intensivierte sich der Dialog mit Zentralasien insbesondere im Hinblick auf die 2009 veröffentlichte Anti-Terror-Strategie, deren Ziele auf dem dritten Treffen auf Ministerienebene 2010 bekräftigt wurden. Japan sagte Unterstützung im Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel vor allem über die Grenze von Afghanistan zu Tadschikistan und Infrastrukturprojekte, welche die Rehabilitierung von Transportrouten mit Anbindung an Afghanistan einschlossen, zu. Beim ersten multilateralen Wirtschaftsforum für Zentralasien in Tōkyō im Juli 2011 betonte Japan auch die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung Zentralasiens als Region für den Wiederaufbau und die Entwicklung Afghanistans (DOBRIŃSKAYA 25.11.2012).

Im Hintergrund existierende politische Interessen an der Zusammenarbeit mit Zentralasien umfassen potentiell die japanische Hoffnung, Verbündete für die eigenen Territorialansprüche gegenüber den Regionalmächten China und Russland zu schaffen, aber eventuell auch langfristig die Schaffung eines politischen Forums unter Einbezug der USA, um den Einfluss der beiden Regionalmächte auszubalancieren (HU et al. 2011: 25, 30). Die konzeptionellen Ähnlichkeiten der intensivierte Bemühungen der USA um die Region deuten an, dass Japan auch hier bis zu einem gewissen Grad außenpolitisch seinem wichtigsten Bündnispartner folgt (DOBRIŃSKAYA 25.11.2012). Eine weitere politische Motivation könnte die Suche nach Unterstützung für Japans Bestrebungen um einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein. Diese wurde von den vier direkt in der CAPJ Initiative beteiligten Staaten zugesagt (KEVENHÖRSTER 2006: 49; MASAKI 2006). Aber in all diesen Zusammenhängen spielt Afghanistan keine unmittelbare Rolle in japanischen Erwägungen.

Japans Interesse an der Region konzentriert sich stark auf die Lieferung von Rohstoffen, insbesondere Energie, was in der Fokussierung auf Pipeline-, Energieförderungs- und Energiesparprojekte zum Umweltschutz seinen Ausdruck findet. Afghanistan hat an diesen Lieferungen und energiewirtschaftlichen Überlegungen kei-



nen Anteil – bzw. taucht in den Diskussionen auf, da es als Streckenabschnitt als Unsicherheitsfaktor Einfluss auf die Transport- und Lieferwege hat. MOHAMMAD NAGIZADEH (2009: 85) benutzt für das Interesse Japans an Afghanistan das Schlagwort »Pipelineistan«. Zwar wird in dem Forum für die Sicherheit der Region argumentiert, doch der starke wirtschaftliche Schwerpunkt der Zusammenarbeit impliziert ein Hauptaugenmerk auf die Sicherheit der Wirtschaftsbeziehungen und Lieferwege. In diesem Zusammenhang wurde Afghanistan auch als Beobachter zu den Gesprächsforen der CAPJ Initiative eingeladen (MASAKI 2006).

### 5.1 Japans Interesse an zentralasiatischer Energie

Bereits zu Beginn der japanischen EZ zwischen 1953 und 1961 im Zusammenhang mit den Reparationszahlungen, die Japan zu leisten hatte, zeigte sich die Bestrebung, diese politische Verbindung wirtschaftlich zu nutzen, indem die Reparationen v.a. als Aufbauhilfe für die japanische Exportindustrie genutzt wurden. In den 60er Jahren wurde in diesen Verbindungen dann die Möglichkeit zur Sicherung von Rohstoffquellen für das exportgestützte Wachstum der japanischen Wirtschaft erkannt (ROHDE 2003: 57). Bis Anfang der 1990er Jahre war diese Haltung auch massiver Kritik u.a. des OECD-DAC und von Nichtregierungsorganisationen ausgesetzt, die eine hauptsächliche Verwendung der EZ für Außenwirtschaftsinteressen verurteilten. Die 1992 verabschiedete EZ Charta kann als Bemühung gewertet werden, auf diese Kritik zu reagieren, indem der Versuch unternommen wurde, einen Schwerpunkt auf gute Regierungsführung der Empfängerstaaten zu legen und sich so vermeintlich westlichen Vergabepaxen anzunähern (ROHDE 2003: 11). Aber auch im Weißbuch zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit 2011 legt Japan sein Bestreben dar, EZ für die Schaffung von Wirtschaftskorridoren einzusetzen und das wirtschaftliche Wachstum von Entwicklungsländern zu stimulieren und den internationalen Handel zu fördern (MOFA 2012a: 43). Im JICA Jahresbericht 2011 wird explizit auch auf den Zusammenhang zwischen EZ und Energielieferungen eingegangen. Der Export natürlicher Ressourcen wird als wichtige Einnahmequelle für Entwicklungsländer identifiziert, jedoch wird auch darauf hingewiesen, dass dies oftmals immense Investitionen in die Infrastruktur zur Extraktion, Verarbeitung und zum Transport dieser Ressourcen erfordert. Es wird betont, dass japanische EZ eben jene Strukturförderung leiste und angemerkt, dass Japan somit Unterstützung bereitstelle, die gleichzeitig für die Rohstoff- und Energiesicherung Japans dienlich sei (JICA 2012: 10).

Japan benennt wenig überraschend den Mittleren Osten (Afghanistan wird innerhalb JICA dieser Region zugeordnet) als besonders wichtig im Hinblick auf die Energiesicherheit Japans (MOFA 2012a: 11). Japan bezieht etwa 90 Prozent seiner Rohölimporte aus dem Mittleren Osten, weswegen Frieden und Sicherheit auf den Transportwegen in der Region eine zentrale Bedeutung zugesprochen werden. Das Schaffen eines friedlichen Afghanistans soll diese Sicherheit erhöhen (MOFA 2012a: 120).

Zentralasien und der Kaukasus sind für Japan strategisch besonders interessant, da sich hier Energie und Rohstoffe (Öl, Gas, Uran, seltene Metalle) in großen Mengen finden. Vor der Küste von Kasachstan und Aserbaidschan befinden sich einige der größten Ölfelder weltweit, an deren Erschließung und Förderung auch japanische Firmen beteiligt sind. Die Stabilität in dieser Region hat auf ganz Eurasien inklusive Japan Auswirkungen in Sachen Energiesicherheit. Daher bemüht sich Japan, dort die Stabilisierung der politischen Systeme zu unterstützen und für nachhaltige Entwicklungsimpulse zu sorgen. Afghanistan und Pakistan rücken dabei als Unsicherheitsherde mit in die strategischen Überlegungen. Die Förderung von Entwicklung mit Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft in der Region soll für die Stabilität sorgen, die für eine verlässliche Energieversorgung und einen berechenbaren Energiemarkt erforderlich sind (MOFA 2012a: 113).

Neben der zentralen Stellung als Unsicherheitsfaktor hat Afghanistan in japanischen strategischen Überlegungen auch eine besondere Rolle hinsichtlich der Transportwege für Energielieferungen aus der Region Zentralasien. Für Japan ist ein Transport über Afghanistan und Pakistan daher relevant, da dies den einzigen Weg aus den Binnenstaaten Zentralasiens darstellt, der nicht über China oder Russland führt. Beides sind starke Regionalmächte mit denen sich Japan durchaus in einem außenpolitischen Rivalitätsverhältnis über eine Vormachtstellung im asiatischen Großraum sieht. Darüber hinaus hat Japan mit beiden Staaten noch immer andauernde Territorialdispute.

Im Falle Chinas kommt noch hinzu, dass der steigende Energieverbrauch Chinas zu einem direkten Interessenskonflikt mit Japan führt, welches hier seine Strategie zur Diversifizierung der Energielieferanten bedroht sieht. China hat erst kürzlich als großes regionales Projekt eine Pipeline aus Turkmenistan nach China finanziert und umgesetzt (BHADRAKUMAR 2009). Die Hoffnung Japans, mit Hilfe der zentralasiatischen Staaten den politischen Einfluss Chinas innerhalb Asiens auszubalancieren, wird sich voraussichtlich nicht erfüllen, da Zentralasien die Zusammenarbeit mit und Investitionsbereitschaft von China sucht. China ist zudem einer der wenigen Staaten, die größere wirtschaftliche Investitionen in Afghanistan leisten

(so z.B. der Erwerb der Schürfrechte für die Kupfervorräte in Aynak für 3,5 Mrd. U.S.-Dollar) (COBBAN 2008).

## 5.2 Wirtschaftliches Interesse an Afghanistan?

Aufgrund der politischen Instabilität, der weitverbreiteten Korruption und mangelnder Sicherheit gibt es in Afghanistan kaum Investitionsanreize für den japanischen Privatsektor. Bis 2011 hat noch keine einzige japanische Firma in Afghanistan investiert, während in Pakistan bereits 50 Firmen Investitionen getätigt hatten (HU et al. 2011: 28). Der Anreiz für japanische Investoren liegt viel mehr in der Großregion Zentralasien und deren Rolle als Energielieferant.

Investitionen in afghanische Infrastruktur stehen in engem Zusammenhang mit der strategischen Herangehensweise Japans an die gesamte Region. Der Ausbau der Ringstraße in Afghanistan, welche die großen Städte miteinander verbindet, der Bau der Brücke zwischen Tadschikistan und Afghanistan und die Eisenbahnanbindung Afghanistans an Usbekistan sorgen für neue Transportwege, die für Energieexporte aus Zentralasien genutzt werden können (HU et al. 2011: 28). Japans Zusage an Afghanistan im Zuge der Geberkonferenz in Tōkyō 2012 weisen deutlich auf Japans wirtschaftliches Interesse an Zentralasien und Afghanistan als erweiterter Transportweg und Sicherheitsgarant hin. So wurden zusammen mit weiteren 3 Mrd. U.S.-Dollar für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und für den wirtschaftlichen Aufbau an die afghanische Regierung auch 10 Mrd. U.S.-Dollar als Wirtschafts- und Handelsförderung für die umliegenden Nachbarstaaten in Zentralasien und Pakistan angekündigt (MOFA 2013: 112).

Die von der japanischen Regierung unterstützten Projekte zur Eindämmung von Terrorismus und zur sicherheitspolitischen Stabilisierung Afghanistans sind durchaus zentrale Anliegen in der strategischen EZ-Ausrichtung. Mit Blick auf den Abzug der internationalen Truppen und die Zeit nach 2014 scheint die Antwort auf die Frage nach einer potentiellen strategischen Umorientierung jedoch in den wirtschaftlichen Interessen Japans an der Region Zentralasien zu finden sein. Die Neuformulierung der Fokusbereiche in der EZ mit Afghanistan und die Zusage an die Nachbarstaaten betonen den Aufbau von Wirtschaft und Infrastruktur in Afghanistan und der gesamten Region. Die japanische Regierung wird also in den kommenden Jahren voraussichtlich die in Afghanistan aufgebaute EZ-Präsenz umorientieren und auf die Bedürfnisse der Strategie hinsichtlich der zentralasiatischen Staaten anpassen.

## 6. Fazit: Länderstrategie Afghanistan?

Die Tōkyō Konferenz im Juli 2012 hatte zum Ziel, Afghanistan zu zeigen, dass die internationale Gemeinschaft dem Land ab 2015 nicht den Rücken zukehren wird (MOFA 2013: 112). Während die militärische Intervention drastisch reduziert und den afghanischen Sicherheitsstreitkräften die Verantwortung für das Land übergeben wird, haben die Gebernationen bekräftigt, auch weiterhin EZ-Leistungen auf hohem Niveau für das Land und dessen zivilen Wiederaufbau zu leisten. Dabei gehen Beobachter davon aus, dass vor allem die USA ein weiter bestehendes Interesse an politischer und militärischer Einflussnahme im Land und damit auch in der Region haben. Aber welches Interesse verfolgt Japan mit seinem EZ Engagement in Afghanistan? Die Frage nach der bisherigen Motivation ist auch gültig für die Zukunft: Hat Japan eine Strategie für den Einsatz der EZ in Japan, und falls ja, welche Ziele verfolgt diese?

AKIO KAWATO (2011: 26) hält ein anhaltendes japanisches Engagement in Afghanistan für wahrscheinlich, da gerade im Hinblick auf den ISAF Truppenabzug seiner Meinung nach das geopolitische Interesse Japans an der Region wachsen werde. Freundschaftliche Beziehungen zu funktionierenden staatlichen Systemen in einer der instabilsten Regionen der Erde könnte Japan bei der politischen Positionierung gegenüber Russland und China zuträglich sein. Diese Bewertung geht allerdings von zwei fragwürdigen Prämissen aus: zum einen ist ein stabiles Afghanistan auch in den kommenden Jahren nicht zu erwarten, eher das Gegenteil wird befürchtet. Zum anderen scheint Japans Interesse an politischen Verbündeten in dieser Region relativ schwach ausgeprägt. Das Interesse an guten Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten in Relation zu China scheint eher auf den Versuch zu deuten, dass die Einflussnahme Chinas im Hinblick auf die Rohstoffe und Lieferwege zurückgedrängt werden soll.

Tatsächlich macht die stagnierende japanische Wirtschaft große oder gar wachsende Ausgaben für EZ in Afghanistan schwer haltbar, insbesondere in Anbetracht der zukünftig wesentlich geringeren internationalen Präsenz im Land, die mit einem sinkenden öffentlichen Interesse einhergehen dürfte (MIYAHARA 2009: 3). Der zentrale Faktor für Japans Engagement in Afghanistan mit Blick auf die Bekämpfung des Terrorismus ist nach wie vor das Interesse des wichtigsten politischen Bündnispartners USA (HU et al. 2011: 29) und dieser wird mit dem allmählichen Rückzug und der signifikanten Reduzierung U.S.-amerikanischer Truppen an Bedeutung verlieren, zumindest was die Erwartungshaltung der USA gegenüber Japan hinsichtlich einer militärischen Beteiligung am Friedenssicherungs-Einsatz betrifft.

Afghanistan hat große Teile der gesamten japanischen EZ absorbiert. Unter allen Empfängerländern japanischer EZ belegte Afghanistan im Fiskaljahr 2012 Platz drei (nach Vietnam und Indien) (MOFA 2013a: 198).<sup>15</sup> Seit 2001 hat Japan ca. 4,797 Mrd. U.S.-Dollar an öffentlicher EZ für den Wiederaufbau in Afghanistan ausgegeben (MOFA 2013b: 20). Ein politisches Scheitern – was mit wachsender Unsicherheit und unklarer politischer Zukunft wahrscheinlich scheint – kann innenpolitisch massive Kritik nach sich ziehen. Japans eigene Schwierigkeiten im Umgang mit dem Desaster im Zuge der Erdbebenkatastrophe im März 2011 hatten ebenfalls eine Reduktion von Hilfszusagen an Entwicklungsländer zur Folge. Der Druck, die Hilfe nach Afghanistan signifikant zu reduzieren, wird also auch innenpolitisch weiter wachsen (HU et al. 2011: 31).

In der strategischen Prioritätensetzung der EZ in Afghanistan deuten sich schon jetzt tiefgreifende Veränderungen an, auch wenn diese innerhalb bereits existierender Prämissen des japanischen EZ Engagements erfolgen. Der Fokus verschiebt sich weg von Sicherheitsfragen hin zu wirtschaftlichen Fragen, und dies gleich in doppelter Hinsicht. Zum einen soll die afghanische Wirtschaft aufgebaut werden (und diese zu Stabilität zu Frieden beitragen), zum anderen betont Japan erneut eines seiner klassischen Felder der EZ, Infrastrukturmaßnahmen. Deren Ausbau wird für die Rohstofferschließung in Zentralasien und insbesondere die als wichtig betrachtete Lieferanbindung gefördert und vorangetrieben.

Eine japanische Länderstrategie für den Umgang mit Afghanistan wird sich also zukünftig in erster Linie aus den strategischen Überlegungen in Bezug auf Zentralasien ableiten. Die Bedeutung dieser Region, unterstrichen durch regelmäßige Dialogtreffen im Rahmen der Central Asia plus Japan Initiative und das Japan-Central Asia Economic Forum, speist sich aus Japans energiepolitischen Interessen. Im Hinblick auf die Entwicklung Afghanistans und mit der von Japan zugesagten EZ gewinnen diese Überlegungen zur Energiesicherheit an Bedeutung. Der bisherige argumentative Schwerpunkt, dass das Engagement vor allem der Bekämpfung des internationalen Terrorismus diene, hat zwar noch immer Gültigkeit, aber in deutlich nachgeordneter Form. Wird die terroristische Gefahr rhetorisch auch weiterhin auf die globale Ebene projiziert, so ist es doch insbesondere die Gefahr für die stabilen wirtschaftlichen Beziehungen zu den energiereichen Nachbarstaaten, die größere Sorge hervorrufen dürften.

15. Platz zwei hinsichtlich ungebundener Zuschüssen nach dem Kongo, noch vor Indonesien. Außerdem Platz vier hinsichtlich der Empfänger japanischer technischer Zusammenarbeit nach China, Vietnam, Indonesien und vor den Philippinen (gleichbleibend bei Berücksichtigung bzw. Nicht-Berücksichtigung von Schuldenerlassen) (MOFA 2013a: 198).

Die Motivation, sich in der Region einen Rückhalt für japanische Energiesicherheit zu schaffen, wird in den kommenden Jahren vermutlich deutlicher zutage treten und Japans EZ Intervention in Afghanistan nachhaltig prägen.

## Literatur

- ASŌ, TARŌ (2009a), *Gurobaruna Kadai o Kokufuku suru Nichiō no Pātonashippu* [Eine japanisch-europäische Partnerschaft zur Überwindung globaler Probleme], [http://www.mofa.go.jp/mofaj/press/enzetsu/21/easo\\_0505.html](http://www.mofa.go.jp/mofaj/press/enzetsu/21/easo_0505.html) (25.08.2013).
- ASŌ, TARŌ (2009b), *Anzen to Hanei o Kakuho suru Nihon Gaikō* [Japanische Außenpolitik, die Frieden und Wohlstand sichert], <http://www.kantei.go.jp/jp/asospeech/2009/06/30speech.html> (25.08.2013).
- ATANASSOVA-CORNELIS, ELENA (2005), »Japan and the Human Security Debate: History, Norms and Pro-active Foreign Policy«, in: *Graduate Journal of Asia-Pacific Studies*, 3 (2): 58–74.
- BHADRAKUMAR, M.K. (2009), »China Resets Terms of Engagement in Central Asia: Energy and Great Power Conflict«, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, 3277, [http://japanfocus.org/-M\\_K-Bhadrakumar/3277](http://japanfocus.org/-M_K-Bhadrakumar/3277) (24.08.2013).
- COBBAN, HELENA (2008), »Global Implications of China's Big Investment in Iraq and Afghanistan«, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, 2867, <http://japanfocus.org/-Helena-Cobban/2867> (25.08.2013).
- DOBRINSKAYA, OLGA (13.09.2012), »The Future of Afghanistan: A view from Tokyo«, in: *Analytical Center »Prudent Solutions«*, <http://analitika.org/en/international-affairs/security/8-the-future-of-afghanistan-a-view-from-tokyo.html> (27.04.2013).
- DOBRINSKAYA, OLGA (25.11.2012), »What is the ›Central Asia plus Japan‹ Dialogue about?«, in: *Analytical Center »Prudent Solutions«*, <http://analitika.org/en/ca/geopolitics/20-what-is-the-central-asia-plus-japan-dialogue-about.html> (25.08.2013).
- ER, LAM PENG (2006), »Japan's Human Security Role in Southeast Asia«, in: *Contemporary Southeast Asia*, 28 (1): 141–159.
- FURUOKA, FUMITAKA und MIKIO OISHI (2003), »Can Japanese Aid Be an Effective Tool of Influence? Case Studies of Cambodia and Burma«, in: *Asian Survey*, 43 (6): 890–907.
- HOUSE OF LORDS – EUROPEAN UNION COMMITTEE (2011), *The EU's Afghan Police Mission: Report with Evidence* [8<sup>th</sup> Report of Session 2010–11], London: Authority of House of Lords, <http://www.publications.parliament.uk/pa/ld201011/ldselect/ldcom/87/87.pdf> (29.04.2013).
- HSIUNG, JAMES C. (2004), *Comprehensive Security: Challenge for Pacific Asia*, Working Paper, [http://www.nyu.edu/gsas/dept/politics/faculty/hsiung/comp\\_sec.pdf](http://www.nyu.edu/gsas/dept/politics/faculty/hsiung/comp_sec.pdf) (19.08.2013).

- IMAMURA, EIJIRO (2007), »Kokusai Heiwa Kyōryoku Katsudō ni okeru Mingun Kyōryoku: Daikibō Shisensaigai Fukkōshien, Heiwa Kōchiku Shien o Chūshin ni« [Zivil-militärische Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Maßnahmen der Zusammenarbeit für Frieden: Unterstützung beim Wiederaufbau nach großen Katastrophen, Fokus auf den Beistand zur Friedenskonsolidierung], in: *Bōei Kenkyūō Kiyō*, 9 (3): 21–9.
- JICA [JAPAN INTERNATIONAL COOPERATION AGENCY] (2012), *Japan International Cooperation Agency Annual Report 2012*, Tōkyō: JICA.
- KAWATO, AKIO (2011), »What Can Japan Propose for Afghanistan and Central Asia?«, in: JAE H. KU, DREW THOMPSON und DANIEL WERTZ (Hg.), *Northeast Asia in Afghanistan: Whose Silk Road?*, U.S.-Korea Institute at SAIS and Center for the National Interest Joint Report, Washington: U.S.-Korea Institute at SAIS and Center for the National Interest, S. 26–27.
- KAZAKH FOREIGN MINISTRY (2012), *Central Asia Plus Japan Dialogue Continues*, [http://www.kazakhembus.com/in\\_the\\_news/central-asia-plus-japan-dialogue-continues](http://www.kazakhembus.com/in_the_news/central-asia-plus-japan-dialogue-continues) (24.08.2013).
- KEVENHÖRSTER, PAUL (2006), »Die Entwicklungspolitik Japans auf dem Prüfstand: Evaluationen und ihre Folgen«, in: *Japan aktuell*, 3/2006: 37–53.
- LEN, CHRISTOPHER (2005), »Japan's Central Asian Diplomacy: Motivations, Implications, and Prospects for the Tregion«, in: *The China and Eurasia Forum Quarterly*, 3 (3): 127–149.
- MASAKI, HISANE (2006), »Japan Joins the Energy Race in Central Asia«, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, 2179, <http://japanfocus.org/-Hisane-MASAKI/2179> (24.08.2013).
- MIE, AYAKO (23.01.2013), »U.S. Expert Urges Japan Role in Afghan Stability«, in: *The Japan Times Online*, <http://www.japantimes.co.jp/news/2013/01/23/national/u-s-expert-urges-japan-role-in-afghan-stability/> (27.04.2013).
- MIYAHARA, NOBUTAKA (2009a), *Comments on Japan's Assistance to Afghanistan*, GRIPS (National Graduate Institute for Policy Studies) Policy Information Center Discussion Paper 09-03, Tōkyō: GRIPS Policy Information Center.
- MIYAHARA, NOBUTAKA (2009b), »Japanese Assistance to the Security Sector in Afghanistan«, in: Yuji Uesugi (Hg.), *Toward Bringing Stability in Afghanistan: A Review of the Peacebuilding Strategy*, IPSHU (Institute for Peace Science Hiroshima University) English Research Paper Series No. 24, Hiroshima: IPSHU, S. 119–130.
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2003), *Japan's Official Development Assistance Charter*, <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/reform/revisio0308.pdf> (28.04.2013).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2006a), »Central Asia plus Japan« *Dialogue: Action Plan* [Unofficial Translation], <http://www.mofa.go.jp/region/europe/dialogue/action0606.html> (28.04.2013).

- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2006b), *Chūō Ajia o 'Heiwa to Antei no Kairō' ni* [Zentralasien als Korridor des Friedens und der Stabilität], [http://www.mofa.go.jp/mofaj/press/enzetsu/18/easo\\_o6o1.html](http://www.mofa.go.jp/mofaj/press/enzetsu/18/easo_o6o1.html) (25.08.2013).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2009), *New Strategy to Counter Threat of Terrorism: Japan's New Assistance Package to Afghanistan and Pakistan*, <http://www.mofa.go.jp/policy/terrorism/strategy0911.pdf> (28.04.2013).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012a), *Japan's Official Development Assistance White Paper 2011: Japan's International Cooperation*, Tōkyō: MOFA.
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012b), *Japan's Assistance in Afghanistan: Towards Self-Reliance*, [http://www.mofa.go.jp/region/middle\\_e/afghanistan/pdfs/japan\\_assistance.pdf](http://www.mofa.go.jp/region/middle_e/afghanistan/pdfs/japan_assistance.pdf), (14.02.2013).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012c), *Seifu Kaihatsu Enjō (ODA) Kunibetsu Dētabukku 2011* [Länderspezifische Datensammlung zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) 2011], Tōkyō: MOFA, [http://www.mofa.go.jp/mofaj/gaiko/oda/shiryo/kuni/11\\_databook/index.html](http://www.mofa.go.jp/mofaj/gaiko/oda/shiryo/kuni/11_databook/index.html) (28.04.2013).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012d), »Chūō Ajia – Ajia to Ōshū deau Bashō« [Zentralasien als der Ort, an welchem sich Asien und Europa treffen], in: *Wakaru! Kokusai Jōsei*, 94, <http://www.mofa.go.jp/mofaj/press/pr/wakaru/topics/vol94/index.html> (28.04.2013).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2012e), *Nihon no Kokusai Kyōryoku: 2011 Nenban Seifu Kaihatsu Enjō (ODA) Hakushō* [Japans Internationale Zusammenarbeit: Weißbuch offizieller Entwicklungszusammenarbeit 2011], Tokyo: MOFA
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2013a), *Nihon no Kokusai Kyōryoku: 2012 Nenban Seifu Kaihatsu Enjō (ODA) Hakushō* [Japans Internationale Zusammenarbeit: Weißbuch offizieller Entwicklungszusammenarbeit 2012], Tōkyō: MOFA.
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2013b), *Nihon no Afuganisutan he no Shien: Jiritsu shita Afuganisutan ni mukete* [Japan's Assistance in Afghanistan: Towards Self-Reliance], <http://www.mofa.go.jp/mofaj/area/afghanistan/pdfs/shien.pdf> (28.04.2013).
- MOFA (MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS) (2013c), »Chūō Ajia purasu Nihon' Taiwai [Dialog zwischen Zentralasien und Japan], <http://www.mofa.go.jp/mofaj/area/europe/caj/> (28.04.2013).
- NABERS, DIRK (2005), »Ende der Entwicklungszusammenarbeit mit China«, in: *Japan aktuell*, 2/2005: 11–13.
- NAGIZADEH, MOHAMMAD (2009), *Afuganisutan, Iraku, Iran no Seiji Keizai to Kakumondai ni tsuite: Nishi Ajia ni okeru Nihon no kakurete iru Shisan to sono Yakuwari* [Über die Wirtschaftspolitik und das Nuklearproblem hinsichtlich Afghanistans, Iraks und des Irans: Japans verborgenes Kapital im Bezug auf West-Asiens und seine Rolle], in: *Kenkyūjō Nenbō* [Annual Report of the Institute for International Studies], 12: 85–89.



- OECD (ORGANISATION FOR ECONOMIC COOPERATION AND DEVELOPMENT) (2013), *Aid Statistics, Recipient Aid at a Glance: Afghanistan, 2010–2011 Average*, <http://www.oecd.org/dac/stats/AFG.gif> (28.04.2013).
- PENN, MICHAEL (2008), »The Slaying of Ito Kazuya: Japan in Afghanistan«, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, 2870, <http://www.japanfocus.org/-Michael-Penn/2870> (28.04.2013).
- ROHDE, MIRIAM (2003), *Japans Entwicklungszusammenarbeit: Auf dem Weg zu Good Governance?*, Hamburg: Institut für Asienkunde.
- SEYA, RUMIKO, HIDEAKI SHINODA, YUJI UESUGI und TATSURO YAMANE (2006), *Afuganisutan ni okeru DDR: Sono Zentaizō no Kōsatu* [The Disarmament, Demobilization and Reintegration (DDR) Program in Afghanistan: Its Overview and Overall Examinations], Research Report Series of Hiroshima University Partnership of Peacebuilding and Social Capacity (HIPEC), Hiroshima: HIPEC.
- STENDEL, FRANK A. (2008), »Zögerlicher Friedensstifter: Japans ambivalente Haltung zu den Friedensmissionen der Vereinten Nationen«, in: *Japan aktuell*, 1/2008: 37–55.
- TANTER, RICHARD (2008), »The Maritime Self-Defence Force Mission in the Indian Ocean: Afghanistan, NATO and Japan's Political Impasse«, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, 2868, <http://www.japanfocus.org/-richard-tanter/2868> (28.04.2013).
- UESUGI, YUJI (Hg.) (2009), *Toward Bringing Stability in Afghanistan: A Review of the Peacebuilding Strategy*, IPSHU (Institute for Peace Science Hiroshima University) English Research Paper Series No. 24, Hiroshima: IPSHU.
- WAKAI, KAZUHARU (2008), *Tero to no Sensō ni okeru Nihon no Kokusai Kōken ni tsuite: Afuganistuan Fukkō ni okeru Nihon no Yakuwari* [Über Japans internationalen Beitrag zum «Kampf gegen den Terror»: Japans Rolle beim Wiederaufbau Afghanistans], TRC Eye Vol. 157, Tōkyō: Tōkyō Kaijō Nichidō Risku Konsarutingu, [http://www.tokiorisk.co.jp/risk\\_info/up\\_file/200801101.pdf](http://www.tokiorisk.co.jp/risk_info/up_file/200801101.pdf) (28.04.2013).
- YASUTOMO, DENNIS T. (1995), *The New Multilateralism in Japan's Foreign Policy*, New York: St. Martin's Press.
- YUASA, TAKESHI (2007), »Japan's Multilateral Approach toward Central Asia«, in: Akihiro Iwashita (Hg.), *Eager Eyes Fixed on Slavic Eurasia, Vol. 1: Russia and Its Neighbors in Crisis*, Slavic Eurasian Studies No. 16-1, Sapporo: Slavic Research Center, Hokkaidō University, S. 65–84.